

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Landkreise setzen Bildungs- und Teilhabepaket um

Nach langen politischen Debatten wurden mit der Verkündung im Bundesgesetzblatt Ende März 2011 endlich die rechtlichen Grundlagen für das Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Kinder geschaffen. Damit sind die Landkreise und kreisfreien Städte rückwirkend zum 1. Januar 2011 nunmehr als Hauptverantwortliche für die Umsetzung dieses neuen Angebotes vor Ort zuständig.

Die 21 hessischen Landkreise werden auf Grundlage umfangreicher Vorarbeiten sowie einer engen Kooperation mit dem Deutschen Landkreistag und dem Hessischen Sozialministerium jetzt alles daran setzen, den Kindern schnellstmöglich die passgenaue und unkomplizierte Teilhabe an den Angeboten – von der Mittagsverpflegung über die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten bis hin zu Bildungsangeboten außerhalb der Schule – zu ermöglichen. Anspruchsberechtigt sind alle Kinder aus Familien mit Bezug von SGB II- und Sozialhilfeleistungen ebenso wie Kinder aus Familien mit Wohngeldbezug und Kinderzuschlag.

Ziel der Landkreise ist es, einen möglichst reibungslosen Start des Bildungs- und Teilhabepaketes sicherzustellen. Aufgrund der sehr kurzen Umsetzungsfrist und zahlreicher mit dem Bund und dem Land zu klärenden Details sind allerdings kleinere Anlaufschwierigkeiten nicht ausgeschlossen. Um diese zu minimieren und ein landesweit abgestimmtes Vorgehen zu gewähren, begleitet und unterstützt der Hessische Landkreistag die 21 hessischen Landkreise bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes.



Präsident des
Hessischen Landkreistages
Landrat Robert Fischbach

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

im Zuge der Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes für die SGB II-Reform hat die Bundespolitik die Rechtsgrundlagen für das Bildungs- und Teilhabepaket verabschiedet. Dadurch können auch Hessens Landkreise die Angebote für die Menschen in ihrer Region weiter verbessern und ausweiten.

Zudem enthält dieser Newsletter unter anderem Artikel zur Gemeindeverkehrsfinanzierung, zur ärztlichen Versorgung sowie zum Zensus 2011.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr
Robert Fischbach

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- Zukunft der Gemeindeverkehrsfinanzierung
- Neue Kreistage gewählt

KURZ NOTIERT SEITE 03

- Langjährige Kreistagsvorsitzende verabschiedet
- Landkreise erhalten ausführliche Daten zum Hausärztemangel
- Landkreistag fordert Vollkostenerstattung bei Zensus 2011
- Wirtschaftsausschuss tagt mit Staatssekretär Horst Westerfeld

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- Zügiger Energienetzausbau muss Interessen des ländlichen Raumes berücksichtigen
- Verbesserung der Kommunalfinanzen dringlicher denn je

TERMINE

SEITE 04

Zukunft der Gemeindeverkehrsfinanzierung

Im Zuge der Föderalismusreform sind die bisherigen Zuständigkeiten von Bund und Ländern hinsichtlich der Gemeindeverkehrsfinanzierung entflochten worden. Als Kompensation für den Wegfall der seitherigen Mischfinanzierungstatbestände in den Bereichen Gemeindeverkehrsfinanzierung, Hochschulförderung, Bildungsplanung und sozialer Wohnungsbau zahlt der Bund jährliche Ausgleichszahlungen an die Länder. Bis Ende 2013 soll die Höhe dieser Bundesmittel einer Revision unterzogen werden, bevor sie 2019 in einer Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs aufgehen wird. Nach den Vorgaben des Koalitionsvertrags der Bundesregierung muss die Revision bereits bis Mitte 2011 erfolgen. Eine Positionierung der Länder bis spätestens April 2011 ist erforderlich. Vor diesem Hintergrund wird die Zukunft der Gemeindeverkehrsfinanzierung grundlegend diskutiert.



Entscheidend ist dabei aus Verbandssicht, dass auch nach der Föderalismusreform I weiterhin eine Mitverantwortung des Bundes für die Sicherstellung der Gemeindeverkehrsfinanzierung besteht. Die Befristung der im Entflechtungsgesetz vorgesehenen Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt ist lediglich vor dem Hintergrund der 2019 notwendig werdenden umfassenden Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs in seiner Gesamtheit erfolgt. Die erforderlichen Mittel für die Gemeindeverkehrsfinanzierung 2019 sollen daher nicht etwa entfallen, sondern in der Neuverteilung des gesamtstaatlichen Finanzaufkommens aufgehen. Die für verkehrliche Zwecke eingesetzten Regionalisierungsmittel des Bundes müssen den Ländern deshalb zum einen unvermindert weiter zur Verfügung gestellt werden, zum anderen müssen aber die für den kommunalen Verkehrsbereich benötigten Mittel auf Landesebene ab 2014 auch tatsächlich eingefordert werden können. Zu verhindern ist, dass die Mittel von Seiten der Länder anderweitig verausgabt werden. Sicher ist, dass auch nach 2013 der verkehrsplanerisch begründete Bedarf an Investitionen in die kommunalen Verkehrssysteme die derzeitigen Bundeszuweisungen deutlich übersteigt: Auch künftig gibt es einen hohen Erneuerungs-, Ausbau- und Erhaltungsbedarf im Bereich des ÖPNV und des kommunalen Straßenbaus. Im Interesse einer dauerhaften Sicherung der Mittel für den Verkehrsbereich ist es daher erforderlich, dass für die Zeit ab 2014 entsprechende Zweckbindungen im Landesrecht nicht lediglich im Haushaltsplan vorgesehen, sondern dauerhaft in den Fachgesetzen verbindlich verankert werden.

Neue Kreistage gewählt

Bei der Kommunalwahl am 27. März 2011 wurde auch über die Zusammensetzung der 21 hessischen Kreistage neu entschieden.

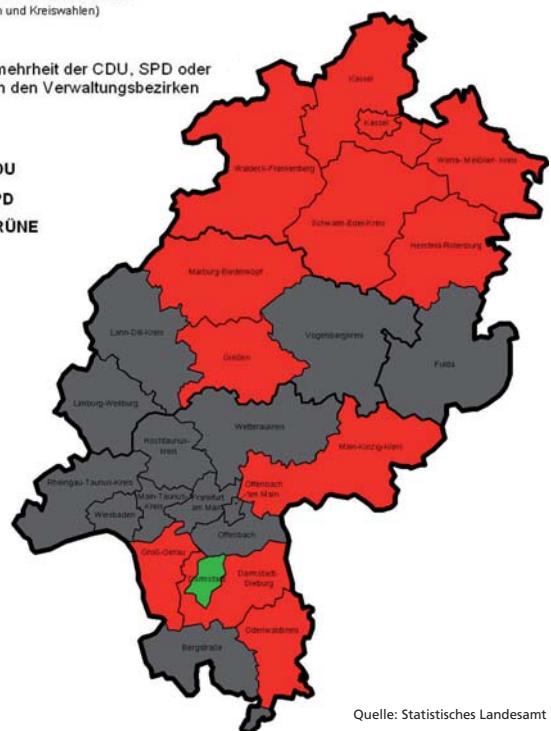
Hierbei lag die Wahlbeteiligung zwischen 41,3 % im Lahn-Dill-Kreis und 55,9 % im Schwalm-Eder-Kreis. Bei den Kommunalwahlen insgesamt betrug sie im Landesdurchschnitt 47,6 % und ist damit gegenüber der letzten Kommunalwahl um 1,8 %-Punkte gestiegen.

Die SPD ist in 11 Kreisen, die CDU in 10 Kreisen stärkste Fraktion. Hessens Kreistage setzen sich aus jeweils 6 bis 9 Parteien und Wählergruppen zusammen, wobei in den meisten Kreistagen 7 oder 8 Gruppierungen vertreten sind.

Kommunalwahlen 2011
(Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und Kreiswahlen)

Stimmenmehrheit der CDU, SPD oder GRÜNE in den Verwaltungsbezirken

- CDU
- SPD
- GRÜNE



Quelle: Statistisches Landesamt

Langjährige Kreistagsvorsitzende verabschiedet



Bei ihrer letzten Zusammenkunft vor der Kommunalwahl hat die Konferenz der Kreistagsvorsitzenden am 15.03.2011 gleich sieben langjährige Kreistagsvorsitzende aus ihrer Mitte verabschiedet.

Die Kreistagsvorsitzenden (auf dem Foto von links nach rechts) Prof. Dr. Franz Neumann (Landkreis Gießen), Bernfried Wieland (Wetteraukreis), Mathäus Lauck (Main-Taunus-Kreis), Gerald Herber (Landkreis Kassel), Jürgen Schinkmann (Werra-Meißner-Kreis), Prof. Dr. Ralf-Rainer Lavies (Landkreis Darmstadt-Dieburg) und Michael Kossmann (Landkreis Waldeck-Frankenberg) werden den Kreistagen in der neuen Wahlperiode nicht mehr angehören.

Bei der Verabschiedung dankten der Sprecher der Kreistagsvorsitzenden, Werner Breitwieser (Bildmitte), und der Geschäftsführende Direktor des Landkreistages, Dr. Jan Hilligardt (zweiter von rechts), den Herren für ihr Wirken für den Hessischen Landkreistag.

Landkreise erhalten ausführliche Daten zum Hausärztemangel

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landkreistag legt nunmehr die Kassenärztliche Vereinigung bis zum Sommer ausführliche Daten zur hausärztlichen Versorgung für jeden der 21 hessischen Landkreise vor. Damit zeigt die KV Hessen, die die gesetzliche Verantwortung für die Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung trägt, erstmalig die Folgen des Ärztemangels und den konkreten Handlungsbedarf auf örtlicher Ebene auf.

Der Hessische Landkreistag appelliert an die KV Hessen, nunmehr sehr schnell Maßnahmen zur Sicherstellung wohnortnaher Angebote im ambulanten ärztlichen Bereich zu entwickeln. Als Träger der Krankenhausversorgung, des Rettungsdienstes und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes bieten die Landkreise hierbei eine enge Partnerschaft an.

Landkreistag fordert Vollkostenerstattung bei Zensus 2011

In den letzten Wochen und Monaten ist in den Landkreisen deutlich geworden, dass zentrale, für die Durchführung des Zensus 2011 („Volkszählung“) wichtige Voraussetzungen von Bund und Land nicht bzw. verspätet erfüllt werden. So fehlen der bundesweit einheitlichen Software zugesagte Eigenschaften. Auch sind die zur Verfügung gestellten Daten häufig fehlerhaft bzw. unvollständig und müssen vor Ort aufwendig überprüft und von Hand eingegeben bzw. korrigiert werden. Dieser erhebliche Nachbearbeitungsbedarf verursacht in den kommunalen Erhebungsstellen erheblichen Mehraufwand, der von den vom Land bezahlten Pauschalen keinesfalls abgedeckt wird.

Der Hessische Landkreistag hat dies, gemeinsam mit dem Hessischen Städtetag, gegenüber der Hessischen Staatskanzlei vorgetragen und eine spürbare Anhebung der Kostenpauschalen gefordert. Auch wurde die Fragestellung bei der Konnexitätskommission zur Behandlung angemeldet.

Es bleibt abzuwarten, ob das Land seiner Verantwortung gerecht wird und eine spürbare und auskömmliche Anhebung der Kostenerstattungen vornehmen wird.

Wirtschaftsausschuss tagt mit Staatssekretär Horst Westerfeld



Staatssekretär Horst Westerfeld zusammen mit Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt und Geschäftsführendem Direktor Gerrit Kaiser.

Mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Land und Landkreisen beim Aufbau moderner IT-Strukturen weiter zu verbessern, hatte der Wirtschafts- und Planungsausschuss des Hessischen Landkreistags in seiner Sitzung am 30.03.2011 Herrn CIO Staatssekretär Horst Westerfeld eingeladen. Wie der Vorsitzende des Gremiums, Herr Landrat Dr. Schmidt (Landkreis Hersfeld-Rotenburg), im Anschluss feststellte, muss das Land stärker als bisher die kommunale Ebene insgesamt beim Aufbau der Strukturen einbinden, da E-Government nur im unmittelbaren Bürgerkontakt funktionieren kann.

Zügiger Energienetzausbau muss Interessen des ländlichen Raumes berücksichtigen

Der Deutsche Landkreistag hat anlässlich der vorgestellten Eckpunkte für einen beschleunigten Ausbau der Energienetze eingefordert, dabei nicht die Interessen des ländlichen Raumes zu vernachlässigen. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „Wir begrüßen, dass die Bundesregierung den Netzausbau beschleunigen will. Es steht außer Frage, dass hierfür sowohl eine Verstärkung der Übertragungsnetze als auch eine Modernisierung der vorhandenen dezentralen Verteilernetze erforderlich ist. Aus Sicht der Landkreise ist dabei die flächendeckende Versorgung des ländlichen Raums mit Energie zu erschwinglichen Preisen zu gewährleisten.“

Zudem seien mit Blick auf den Bau neuer Hochspannungsleitungen eine sorgfältige Standortwahl und kompensierende Maßnahmen notwendig. „Für all diese Fragen ist es von Vorteil, wenn die Landkreise vor Ort koordinierend und akzeptanzfördernd wirken.“

Verbesserung der Kommunal Finanzen dringlicher denn je

Anlässlich der Sitzung des Präsidiums des Deutschen Landkreistages im Landkreis Ludwigslust hat der kommunale Spitzenverband dringend gefordert, dass die Arbeiten an einer strukturellen Verbesserung der kommunalen Finanzsituation intensiv weitergeführt werden. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „Zentral wird es darauf ankommen, die Belastung des öffentlichen Gesamthaushalts durch soziale Lasten auf den Prüfstand zu stellen und einzudämmen. Darüber hinaus ist eine länderbezogene Gesetzesfolgenabschätzung für Bundesgesetze notwendig, um künftig in den Kommunen der einzelnen Länder entstehende Kosten zu ermitteln und von den Ländern ausgleichen zu lassen.“

Duppré berichtete, dass allein die Sozialausgaben der Landkreise im letzten Jahr um 4% auf über 19 Mrd. Euro gestiegen seien. Insgesamt habe sich die Finanzlage der

Landkreise trotz der besten konjunkturellen Entwicklung seit der Wiedervereinigung um 2,2 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. „Daher ist es mehr denn je angezeigt, dass dringend nach einer strukturellen Lösung zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation gesucht wird.“

Er forderte vor diesem Hintergrund, dass die Gemeindefinanzkommission auch nach der vereinbarten Kostenübernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund nicht innehält, sondern schnellstmöglich ihre Arbeit wieder aufnimmt und zu tragfähigen Ergebnissen gelangt.

TERMINE

- **Präsidium**
Donnerstag, 14.04.2011, 9:30 Uhr, Wiesbaden
- **Sondersitzung des Gesundheitsausschusses**
Donnerstag, 12.05.2011, 14:00 Uhr, Wiesbaden
- **Finanzausschuss**
Montag, 16.05.2011, 9:30 Uhr, Wiesbaden
- **Sozialausschuss**
Donnerstag, 19.05.2011, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Bezirksversammlung Mitte**
Mittwoch, 01.06.2011, 10:00 Uhr, Wetzlar
- **Bezirksversammlung Nord**
Dienstag, 07.06.2011, 10:00 Uhr, Neuenstein-Aua
- **Schul- und Kulturausschuss**
Dienstag, 07.06.2011, 17:30 Uhr, Hochtaunuskreis
- **Präsidium**
Donnerstag, 08.06.2011, 9:30 Uhr, Wiesbaden
- **Bezirksversammlung Süd**
Donnerstag, 09.06.2011, 9:00 Uhr, Kreis Offenbach
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Dienstag, 14.06.2011, 15:00 Uhr, Oberursel
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
Mittwoch, 15.06.2011, 10:00 Uhr, Ort noch offen



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Dr. Jan Hilligardt
(z. Z. geschäftsführend)
Direktor Gerrit Kaiser

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag
(Seite 3)
Muhr- Partner für Kommunikation
(Seite 1 und 2)